

# Öffentliche Bekanntmachung

einer **Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses am Mittwoch den 29.04.2015 um 17:00 Uhr** im Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Sitzungssaal 1

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Schülerbeförderung
4. Maßnahmeplan Barrierefreiheit - Beteiligungsverfahren
6. Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet
7. Verschiedenes



<b>Mitteilungsvorlage</b>  Federführend: FD 5.3 Regionalentwicklung, Schul- und Kulturwesen	Vorlage-Nr:	VO/2014/219-003
	Status:	öffentlich
Mitwirkend:	Datum:	14.04.2015
	Ansprechpartner/in:	Breuer, Volker
	Bearbeiter/in:	Malte Nevermann
<b>öffentliche Mitteilungsvorlage</b>		
<b>Maßnahmeplan Barrierefreiheit - Beteiligungsverfahren</b>		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme

#### Finanzielle Auswirkungen:

#### 1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

#### 2. Sachverhalt:

Das offizielle Beteiligungsverfahren zum Maßnahmenplan Barrierefreiheit ist nunmehr abgeschlossen. Einbezogen wurden erneut die gemeindliche Ebene und die Verkehrsunternehmen, ferner die Vertreter für Menschen mit Behinderungen, die Vertreter für ältere Menschen / Senioren und die benachbarten Aufgabenträger.

Eine Übersicht der eingegangenen Stellungnahmen ist als Anlage beigefügt.

Es wird zudem noch eine Abstimmung mit dem Vorstand des Gemeindetages zum Maßnahmenplan geben.

Die Verwaltung ist zudem weiter darum bemüht, einen gemeinsamen Gesprächstermin mit dem Land zur Thematik vereinbaren zu können.

Die endgültige Entscheidung über den bisherigen Planentwurf ist für eine der Sitzungen noch vor der Sommerpause geplant.

#### Anlage/n:

### Auswertung der Stellungnahmen zum Entwurf des Maßnahmenplanes Barrierefreiheit im ÖPNV des Kreises vom 19.11.2014

Absender	Inhalt (H. = Haltestelle)																								
Stadt Rendsburg	<p>Handlungserfordernisse zur barrierefreien Haltestellengestaltung können finanziell nur im Rahmen von Straßenausbaumaßnahmen geleistet werden; vollständige Barrierefreiheit bis 2022 ist hiermit kaum zu erreichen.</p> <p>Der Vorschlagsliste zum Haltestellenausbau im Stadtbereich wird aber grundsätzlich zugestimmt.</p> <p>Kreis soll Finanzierungsmöglichkeiten durch eigene oder Landesmittel prüfen.</p>																								
Stadt Büdelsdorf	<p>Die Verwaltung wird sich bemühen, die Mittel, die für einen fristgerechten Umbau der in der Vorschlagsliste genannten Haltestellen im Stadtgebiet notwendig sind, für die nächsten Haushalte einzuwerben.</p>																								
Gemeinde Altenholz	<p>Die in der Vorschlagsliste genannten Haltestellen werden unter der Maßgabe entsprechender Willensbildung der politischen Gremien zum Ausbau eingeplant.</p> <p>Für die H. „Altenholz-Klausdorf, Schule“ sind bereits Vorplanungen zum Umbau des Bereiches vorhanden, Barrierefreiheit wird bei weiterer Konkretisierung berücksichtigt.</p> <p>Straßenklassifizierung bei den H. „Altenholz-Stift, Rathaus“ und „Altenholz-Stift, Räumerei“ steht im Widerspruch zu den Kenntnissen der Gemeinde.</p>																								
Amt Dänischenhagen	<p>Im Namen der amtsangehörigen Gemeinden: Der Maßnahmenplan wird grundsätzlich zur Kenntnis genommen und in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Mittel wird Umsetzung versucht.</p>																								
Amt Eiderkanal	<table border="0"> <tr> <td>Bushaltestelle:</td> <td>Klassifizierung:</td> <td>Fahrtrichtung:</td> <td>Anmerkung:</td> </tr> <tr> <td>Schülldorf Bahnhof</td> <td>K</td> <td>beide</td> <td>fertiggestellt</td> </tr> <tr> <td>Schacht-Audorf, Grenzstraße</td> <td>K</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schacht-Audorf, Gemeindev.</td> <td>L</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schacht-Audorf, Friedhofstr.</td> <td></td> <td></td> <td>fertiggestellt</td> </tr> <tr> <td>Schacht-Audorf, Rader Weg</td> <td></td> <td></td> <td>Rader Wende ist fertiggestellt</td> </tr> </table>	Bushaltestelle:	Klassifizierung:	Fahrtrichtung:	Anmerkung:	Schülldorf Bahnhof	K	beide	fertiggestellt	Schacht-Audorf, Grenzstraße	K			Schacht-Audorf, Gemeindev.	L			Schacht-Audorf, Friedhofstr.			fertiggestellt	Schacht-Audorf, Rader Weg			Rader Wende ist fertiggestellt
Bushaltestelle:	Klassifizierung:	Fahrtrichtung:	Anmerkung:																						
Schülldorf Bahnhof	K	beide	fertiggestellt																						
Schacht-Audorf, Grenzstraße	K																								
Schacht-Audorf, Gemeindev.	L																								
Schacht-Audorf, Friedhofstr.			fertiggestellt																						
Schacht-Audorf, Rader Weg			Rader Wende ist fertiggestellt																						
Amt Hüttener Berge	<p>Der Maßnahmenplan wird seitens der amtsangehörigen Gemeinden zur Kenntnis genommen; es gibt von dort keine Einwendungen oder Anregungen.</p>																								
Amt Mittelholstein	<p><u>Übereinstimmende Stellungnahme der amtsangehörigen Gemeinden:</u></p> <p>Der Maßnahmenplan und seine inhaltliche Zielsetzungen werden grundsätzlich begrüßt.</p> <p>Es erhebt sich die Frage nach der Rechtsgrundlage der Verpflichtung der Gemeinden zur Herrichtung der Haltestellen – und ob nicht eher der Aufgabenträger ÖPNV in der Pflicht ist.</p> <p>Da v.a. die kleinen Gemeinden mit Maßnahmenumsetzung im Bereich der Haltestellen schnell an die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit kommen, wird gemäß dem Konnexitätsprinzip eine Kostenbeteiligung des Kreises/des Landes erwartet, anderenfalls besteht die Gefahr der Auflassung einer Vielzahl von Haltestellen.</p> <p>Vor Maßnahmenumsetzung sollte durch Erhebungen die Gewähr bzw. das Erfordernis für den längerfristigen Weiterbestand der jeweiligen Haltestelle nachgewiesen werden.</p>																								

	<p><u>Ergänzungen einzelner amtsangehöriger Gemeinden:</u></p> <p><u>Bendorf</u> wird keinen H.-Umbau auf eigene Kosten vornehmen.</p> <p><u>Padenstedt</u> sieht im Gemeindebereich räumliche Probleme für einen normgerechten H.-Ausbau.</p> <p><u>Rade</u> sieht weiteren Informationsbedarf.</p> <p><u>Todenbüttel</u> beabsichtigt, zu gegebener Zeit Haushaltsmittel für H.-Umbau bereitzustellen.</p>
Amt Molfsee	<p>Maßnahmeplan wird zur Kenntnis genommen und grundsätzlich begrüßt. Da v.a. die kleinen Gemeinden mit Maßnahmenumsetzung im Bereich der Haltestellen schnell an die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit kommen, wird gemäß dem Konnexitätsprinzip eine Kostenbeteiligung des Kreises/des Landes erwartet.</p>
Amt Nortorfer Land	<p>Der Maßnahmeplan wird, ebenso wie die Umsetzung vollständiger Barrierefreiheit, vom Grundsatz her ausdrücklich begrüßt. wegen der Haushaltslage der Gemeinden ist ein vollständig barrierefreier H.-Ausbau bis 2022 ohne Kostenbeteiligung des Kreises/Landes unrealistisch.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist die Gefahr der Ausdünnung des Linienverkehrs (wegen Mittelumschichtung) zu sehen, was es zu verhindern gilt.</p> <p>Die Vergabe der ÖPNV-bezogenen Mittel muss daher den Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden in einem Finanzierungsplan transparent offengelegt werden.</p> <p>Auch ist es Aufgabe des Kreises, solche zusätzlich erforderlichen Mittel einzuwerben (bei Land/Bund).</p> <p>Die praktische Umsetzung des Planes sollte unter den Vorbehalt der finanziellen und technischen Möglichkeiten gestellt werden.</p> <p>Für die in Gnutz, Langwedel, Nortorf und Timmaspe vorgeschlagenen H.-Maßnahmen wird (entsprechend der Straßenklassifizierung) die Straßenbaulast und Kostenübernahmepflicht bei Land bzw. Kreis gesehen.</p>
Amt Schlei-Ostsee	<p>In den meisten Fällen der zum Umbau vorgeschlagenen H. wird Kreis/Land/Bund als Straßenbaulastträger gesehen.</p> <p>Daher ist Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr für Maßnahme zuständig, der dies insgesamt auch effektiver umsetzen könnte als die einzelnen Gemeinden.</p> <p>Überdies fallen dann auch keine Straßenausbaubeiträge der Anlieger an, im Gegensatz zu von den Gemeinden durchgeführten Maßnahmen – wobei mehrere Gemeinden bisher keine diesbezüglichen Satzungen haben.</p> <p>Prioritätensetzung sollte nicht nach Gemeindegröße, sondern nach Straßenklassifizierung vorgenommen werden (damit wäre auch die Vorreiterrolle von Land und Bund bei der Umsetzung der eigenen Gesetzgebung verbunden); ungeachtet dessen können auch die einzelnen Gemeinden eigene Prioritäten setzen.</p> <p><u>Ergänzungen einzelner amtsangehöriger Gemeinden:</u></p> <p><u>Barkelsby:</u> Für die vorgeschlagene H.-Maßnahme ist Land Straßenbaulastträger, außerdem ist die zur Begründung aufgeführte benachbarte Senioreneinrichtung nicht stimmig (stattdessen eher die Schule nennen).</p> <p><u>Brodersby:</u> Die vorgeschlagene H.-Maßnahme betrifft Kreisstraße, daher ist der Kreis in der Pflicht, außerdem ist das zur Begründung angegebene</p>

	<p>Seniorenheim in Höxmark heute nicht mehr vorhanden (ist nunmehr eine Flüchtlingsunterkunft).</p> <p><u>Damp</u>: örtliche Situation in Vogelsang-Grünholz rechtfertigt die vorgeschlagene H.-Maßnahme bis 2018 nicht, daher aus der Liste entfernen.</p> <p><u>Fleckeby</u>: vorgeschlagene Maßnahme an der H. „Schmiederedder“ sollte zusammen mit der H. in Holm betrachtet werden, diese liegt an der B 76 und liegt in der Straßenbaulast des Bundes.</p> <p><u>Gammelby</u>: Die räumliche Entfernung zwischen H. und Seniorenheim rechtfertigt den H.-Ausbau bis 2018 nicht, Maßnahme daher aus Liste entfernen.</p> <p><u>Kosel</u>: örtliche Situation rechtfertigt die vorgeschlagene H.-Maßnahme bis 2018 nicht, daher aus der Liste entfernen.</p> <p><u>Rieseby</u>: örtliche Situation rechtfertigt die vorgeschlagene H.-Maßnahme bis 2018 nicht, daher aus der Liste entfernen.</p> <p><u>Waabs</u>: örtliche Situation rechtfertigt die vorgeschlagene H.-Maßnahme bis 2018 nicht, daher aus der Liste entfernen; grundsätzlich wird aber die Herstellung der Barrierefreiheit begrüßt, daher sollte eine Verlegung der Haltestelle (z.B. an die L 26 im Bereich des Kindergartens) in Betracht gezogen werden.</p> <p><u>Windeby</u>: örtliche Situation in Kochendorf rechtfertigt die vorgeschlagene H.-Maßnahme bis 2018 nicht, daher aus der Liste entfernen.</p>
Entwicklungsagentur Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg	<i>Nur Hinweis auf die Befassung mit dem Thema am 18.02.2015 (Vorstandssitzung)</i>
Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr	<p>Gemäß gängiger Praxis werden Haltestellen im Rahmen von Erneuerungsmaßnahmen (Erhaltungs- bzw. Deckenerneuerungsmaßnahmen) der betreffenden Bundes-, Landes- und Kreisstraße(n) auf Antrag der Gemeinden oder Busunternehmen entsprechend den Vorgaben zur Barrierefreiheit angepasst.</p> <p>Dies gilt auch für Haltestellenumbauten ohne begleitende sonstige Straßenbaumaßnahme.</p>
Autokraft GmbH	<p>Der Maßnahmenplan wird grundsätzlich begrüßt.</p> <p>Unternehmenseigene Busse der Standorte Kiel, Rendsburg und Eckernförde sind derzeit zu 90% Niederflur- oder Low-Entry-Fahrzeuge, bei den Anmietunternehmen liegt diese Quote bei 23%.</p> <p>Bis 2008 wurden auch bei der Autokraft wegen des höheren Sitzplatzangebotes (wichtig im Schülerverkehr) Hochflurbusse angeschafft.</p> <p>Insgesamt weisen die Fahrzeuge in Abhängigkeit von Bauweise und Baujahr nicht alle aktuell geforderten Kriterien der Barrierefreiheit auf; eine Nachrüstung oder ein Umbau ist technisch nicht möglich bzw. die Kosten hierfür sind für die VU nicht darstellbar, hier sind ggf. gemeinsam mit dem Aufgabenträger bzw. dem Land Finanzierungslösungen zu suchen.</p> <p>Der sukzessive Aufbau eines verlässlichen Niederflur-Fahrtenangebotes ist entsprechend der Weiterentwicklung des Fuhrparks möglich, allerdings ist eine vollständige Niederflur-Bedienung in nachfrageschwachen Zeiten trotz des stark verringerten Gesamtfahrzeugeinsatzes bis 2015 nicht umsetzbar, weil zu diesen Zeiten vielfach Kleinfahrzeuge, die keine entsprechenden Eigenschaften aufweisen, zum Einsatz kommen; ein Ersatz dieser durch größere Fahrzeuge würde die Kosten erhöhen, so dass die Finanzierung geklärt werden müsste.</p>

Kieler Verkehrsgesellschaft	Es wird angeregt, sich mit der Problematik der Beförderung von „E-Scootern“ auseinanderzusetzen.
OVN / VDV Nord	<p>Der Ansatz des Maßnahmeplanes, über die eher allgemeinen Anforderungen des RNVP im Bereich Barrierefreiheit hinauszugehen und diese in konkrete Planungsschritte umzumünzen, wird begrüßt.</p> <p>Ebenso wird der Ansatz einer abgestimmten Weiterentwicklung der Haltestellen und der diese bedienenden Linien positiv bewertet.</p> <p>Die bei weitem nicht ausreichende Mittelausstattung zur Umsetzung des Planes im Bereich der Haltestellen und auch der Fahrzeuge (soweit Umbau oder Austausch erforderlich wird) wird festgestellt.</p> <p>Daher sollte genau die Bedarfssituation herausgearbeitet werden, um nicht knappe Gelder „am Bedarf vorbei“ auszugeben bzw. zu verhindern, eine ausreichende Verkehrsbedienung durch Herstellung von Barrierefreiheit zu „kannibalisieren“.</p> <p>Sollten sich keine zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten (über die bisherigen Mittel hinaus, einschließlich GVFG-Mittel für Haltestellenausbau) erschließen, muss beachtet werden, dass das PBefG lediglich das Ziel und die konzeptionelle Entwicklung von Maßnahmen zur Herstellung der vollständigen Barrierefreiheit bis 2022 fordert, nur die Aufgabenträger des SPNV sind auch zu deren Umsetzung angehalten.</p> <p>Gemeinsame Erarbeitung von für alle Beteiligten akzeptablen Lösungen, die die Barrierefreiheit (entsprechend der Notwendigkeit) weiterentwickeln, aber die Sicherung der flächendeckend ausreichenden Verkehrsbedienung nicht in Frage stellen, wird angeboten.</p>
Deutscher Schwerhörigenbund	<p>Der Maßnahmeplan ist sehr umfassend und sehr gelungen.</p> <p>Die Verwendung der „Landesweiten Checkliste“ und des „Anforderungskatalogs Barrierefreiheit SPNV“ als Grundlagen wird sehr positiv hervorgehoben.</p> <p>Akustische Informationen sind umfassender als optische (ist derzeit technisch bedingt so), was sich insbesondere in Sondersituationen für Hörgeschädigte nachteilig auswirkt - Überlegungen, hier Abhilfe zu schaffen, werden angeregt.</p> <p>Bei der Anforderung des optischen Kontrasts für transparente Flächen an Haltestellen sollte „Hell-Dunkel-Wechselkontrast“ ergänzt werden.</p> <p>Für Kunden- und Servicebüros sollte neben einer barrierefreien Zugänglichkeit auch eine barrierefreie Information vorgesehen werden.</p> <p>Es wird um Aufnahme einer zusätzlichen Quellenangabe gebeten.</p>
Kreis-Seniorenbeirat	<p>Die Mitnahme von E-Mobilen/E-Scootern muss zukünftig gewährleistet sein.</p> <p>Vertaktung Bus-Schiene sollte aufgenommen werden.</p> <p>Das Festhalten an den Vorstellungen zum Haltestellenausbau trotz der Rückmeldungen der örtlichen Ebene im Zuge der Vorabbeteiligung wird anerkennend zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Maßnahmeplan wird insgesamt als solide, aufbauende, evaluierende Grundlage gewertet.</p>
Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung	<p>Zu wenig konkrete Anwendung der Rechtsgrundlagen und Anforderungen auf die Situation im Kreis (erforderliche Maßnahmen, Umsetzungsschritte, Zeitschiene).</p> <p>Anlage 3 wenig praktikabel in der Aussagekraft, unkonkret, extrem kurze Darstellung; dort konkrete Bezüge zum Textteil herstellen.</p>



<b>Mitteilungsvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2015/538
Federführend: FB 5 Regionalentwicklung, Bauen und Schule		Status:	öffentlich
Mitwirkend:		Datum:	09.04.2015
		Ansprechpartner/in:	Dr. Kruse, Martin
		Bearbeiter/in:	Sebastian Krug
		<b>öffentliche Mitteilungsvorlage</b>	
<b>Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Vorstellung von Projektteam, Beirat und Experteninterviews</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
	Regionalentwicklungsausschuss	Kenntnisnahme	

### 1. Sachverhalt:

Am 24.02.2015 ist das Dortmunder Büro „Planersocietät“ mit der Erarbeitung eines Klimaschutzteilkonzepts für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg beauftragt worden.

Am 17. März hat ein erstes Auftaktgespräch stattgefunden, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Anwesend waren Vertreter der Kreisverwaltung, Vertreter der Entwicklungsagentur, Vertreter der Kreispolitik sowie die Projektleitung der Planersocietät.

### Wichtigste Ergebnisse:

Für den Planungsdialog werden drei unterschiedliche Ebenen etabliert.

#### Projektteam

Arbeitsebene bestehend aus hauptamtlichen Akteuren, deren Aufgabe die intensive Begleitung der Konzeptentwicklung sein wird. Folgende Personen sind derzeit dem Projektteam angehörig:

Dr. Sebastian Krug (Kreisverwaltung, Koordination)

Volker Breuer (Kreisverwaltung, Fachdienstleitung)

Malte Nevermann (Kreisverwaltung, ÖPNV)

Andreas Betz	(Entwicklungsagentur / Vorstandsmitglied und Ansprechpartner Mobilität)
Alexander Müller	(regionales Kompetenzzentrum ÖPNV)
Knut Voigt	(KielRegion GmbH / Koordinator Masterplan Mobilität) steuert Informationen zur Entwicklung des Masterplans bei und verhindert so, dass sich die Projekte konträr entwickeln.
Hauke Klünder	(AktivRegion Eider-Treene-Sorge / Koordinator Mobilitätskonzept ETS) steuert Informationen zum Schwerpunktthema „Online-Informationssysteme“ und „Mobilitäts-Applikationen“ bei.
Christine Carstensen	(nah.sh / alternative Mobilitätsformen)
Anne Mechels	(Planersocietät / Projektleitung)

Das Projektteam wird sich insgesamt sechs Mal treffen. Die erste Tagung wird am 06. Mai stattfinden.

### **Beirat**

Die Planersocietät hält einen Beirat für eminent wichtig, um eine Rückkopplung mit der Politik und verkehrspolitischen Akteuren zu gewährleisten. Aus diesem Grund lädt das Büro maximal 25 Akteure des Kreises ein, sich an dem Beirat zu beteiligen. Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht werden alle kommunalverfassungsrechtlichen Anforderungen erfüllt.

Eine Liste der vorgeschlagenen Akteure befindet sich im Anhang.

Der erste Termin wird Anfang Juni stattfinden.

### **Experteninterviews**

Um einen möglichst detaillierten Überblick über die Mobilität des Entwicklungsraumes zu erhalten wird die Planersocietät insgesamt 30 Experteninterviews führen. Da sich die Interviews über einen langen Zeitraum (ca. 4 Monate) hinziehen werden, ist die Akteursliste noch in Bearbeitung. Die aktuelle Liste befindet sich im Anhang.

**Anlage/n: Vorschlag zum Beirat  
Vorschlag für Experteninterviews**





## Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Landrat

Fachbereich Regionalentwicklung, Bauen und Schule

09.04.2015

### Anhang 1:

#### Vorschlag zur Besetzung des Beirats

Behörde / Unternehmen Auftraggeber	Abteilung	Name
1 Kreis Rd-Eck	Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Dr. Kruse
2 Kreis Rd-Eck	Regionalentwicklung, Bauen und Schule	Dr. Krug
<b>Entwicklungsagentur</b>		
3 Entwicklungsagentur	Vorstand EA	Betz
4 Amt Jevenstedt	Vorstand EA	Böhmke
5 Stadt Büdelsdorf	Vorstand EA	Hinrichs
6 Amt Eiderkanal	Vorstand EA	Hirsch
7 Amt Fockbek	Vorstand EA	Stelter
8 Stadt Rendsburg	Vorstand EA (Vorsitzender)	Thomsen
<b>Interessenvertreter</b>		
9 ADFC	Rendsburg	Schnoor
10 ADAC	Verkehr und Technik	Fedrowitz
11 ProBahn e.V.	Regionalverband Schleswig/Mittelholstein	Barkleit
12 WFG	Geschäftsführer	Ledune
13 IHK	Rendsburg	Kirschberger
14 SeniorenBeirat	Vorsitzende Kreisbeirat	Kock
<b>Politik (benannte Akteure zum Thema Mobilität)</b>		
15 CDU	Vorsitzender Regionalentwicklungsausschuss	Albrecht
16 CDU	Vorsitzender Umwelt- und Bauausschuss	Tank
CDU	Regionalentwicklungsausschuss / Vertreter	Kaufmann
17 SPD	Umwelt- und Bauausschuss	van den Toren
18 SPD	Regionalentwicklungsausschuss	Tretbar-Endres
19 Grüne	Umwelt- und Bauausschuss	Rösener
20 Grüne	Umwelt- und Bauausschuss	Schaper
Grüne	Regionalentwicklungsausschuss / Vertreter	Langer
21 FDP	Regionalentwicklungsausschuss	Eggert
FDP	Regionalentwicklungsausschuss / Vertreter	Koch
22 SSW	Regionalentwicklungsausschuss	Storch
SSW	Regionalentwicklungsausschuss / Vertreter	Büchert
23 Die Linke	Regionalentwicklungsausschuss	Asmussen
24	Regionalentwicklungsausschuss	Last




**Kreis Rendsburg-Eckernförde**

Der Landrat

Fachbereich Regionalentwicklung, Bauen und Schule

09.04.2015

**Anhang 2:**
**Vorschlag für Experteninterviews**

Thema	Einrichtung	Abteilung
1 Klimaschutz und Nachhaltigkeit	Kreis Rd-Eck	Regionalentwicklung, Bauen und Schule
2 Bus-ÖPNV Kreis Rd-Eck	Kreis Rd-Eck	Regionalentwicklung, Schul- und Kulturwesen
3 Kreisstraßen	Kreis Rd-Eck	Gebäudemanagement
4 Mobilität, Entwicklungsagentur	Entwicklungsagentur	Mitglied des Vorstandes
<b>Externe</b>		
5 Aktivitäten in der AktivRegion Eider- und Kanal-Region Rd	AktivRegion Eider- und Kanal-Region Rendsburg	Regionalmanager
6 Mobilitätskonzept und Aktivitäten in der AktivRegion Eider-Treene-Sorge	AktivRegion Eider-Treene-Sorge	Regionalmanager
7 SPNV und alternative Mobilitätsformen	nah.sh	Verkehrsplanung
8 Klimaschutzteilkonzept Fläche, Ortsentwicklung	Institut Raum & Energie	Projektleiter
9 Busunternehmer	TH Sievers	Geschäftsführer
2 Bus-ÖPNV Kreis Rd-Eck und Multimodalität	Landeshauptstadt Kiel	Eigenbetrieb Beteiligungen
10 Wirtschaftlichkeit E-Busse	MOTEG GmbH	Projektmanager
11 Mobilität 65+	SeniorenBeirat	Vorsitzende Kreisbeirat
12 Elektromobilität	WTSH	Landeskoordination Elektromobilität S-H
13 Kanalfähren	WSV	Koordinator Ausschreibung Kanalfähren
<b>Interessenvertreter</b>		
14 Radverkehr	ADFC	Rendsburg
15 Kfz-Verkehr	ADAC	Verkehr und Technik
16 Schienenverkehr	ProBahn e.V.	Regionalverband Schleswig/Mittelholstein
17 Wirtschaftsverkehr, Logistik	IHK	Rendsburg
18 Verkehrssicherheit	Verkehrswacht Rd	Vorsitzender
19 Wirtschaftsverkehr, Hafen und Touristik	WFG	Geschäftsführer
20 Bürgerinitiativen	Sinnvolle Verkehrsprojekte für den L.-W.raum Rendsburg e.V.	1.Vorsitzender
21 Menschen mit Behinderung	Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.	

22	Tourismus	LTO-Tourismus Mittelholstein
	Stadtmarketing und Tourismus	Stadt Rendsburg

**weitere Themen**

23	Radstation	Brücke e.V.
	Künstler	Nordkolleg
	Kfz-Innung	
	Fahrradhändler, Zweirad-Innung	
	Pflegedienste	
	Bürgerbus-Verein	
	ÖPNV-Beratung	
	Vordenker (rühriger Ex-Prof)	
	Querdenker (Philosoph, Kümmerer)	
	IT-ler (Chaos-Computer-Club)	Wissenschaft und Forschung



Fachbereich: FD 2.5 Kommunalaufsicht  
Sachbearbeitung: und Feuerwehrwesen  
Telefon: Klaus Behrens  
E-Mail: 04331/202-344  
klaus.behrens@kreis-rd.de

## **NIEDERSCHRIFT** -Öffentlicher Teil-

### **Sitzung des Regionalentwicklungsausschusses**

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 29.04.2015  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:10 Uhr  
**Ort, Raum:** Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg,  
Sitzungssaal 1

---

#### **Vorsitz**

Albrecht , Tim

#### **reguläre Mitglieder**

Langer , Klaus  
Fandrey , Eike  
Fries , Lothar  
Kahle , Thomas  
Klimach-Dreger , Martin  
Koch , Holger Norbert  
Scherbarth , Kurt  
Storch , Susanne  
Tretbar-Endres , Martin  
Wendel , Ingrid

#### **stellvertretende Mitglieder**

Büchert , Peter  
Eggert , Wilhelm  
Jessen , Dieter  
Paulsen , Sönke-Peter  
Rohwer , Michael  
Schlömer , Christian  
Steckel , Raoul

#### **Verwaltung**

Krug Dr., Sebastian

Kruse Dr., Martin

### **Gäste**

Müller , Alexander

Müller , Hans

Völker , Michael

### **Politik**

Last , Hans-Werner

## Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Schülerbeförderung
4. Maßnahmeplan Barrierefreiheit - Beteiligungsverfahren VO/2014/219-003
6. Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Vorstellung von Projektteam, Beirat und Experteninterviews VO/2015/538
7. Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet
8. Verschiedenes

## **Protokoll:**

---

### **zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung**

---

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17.00 Uhr und stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung wurden nicht erhoben. Es wurde einstimmig beschlossen, den TOP „Klimaschutzteilprojekt Mobilität“ als neuen TOP 5 vor dem TOP „Vergabeverfahren Stadtverkehr Rendsburg“ zu behandeln und die folgenden TOP's entsprechend zu verschieben.

---

### **zu 2 Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Anfragen vor.

---

### **zu 3 Schülerbeförderung**

---

Der Vorsitzende wies auf den Beschluss des Kreistages hin, wonach dem Regionalentwicklungsausschuss aufgetragen worden sei, die Schülerbeförderungssatzung zu überarbeiten und nannte die zu bearbeitenden Punkte:

- 1) Qualitätsverbesserung der Schülerbeförderung
- 2) Freistellung von Kosten für Eltern, die Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten
- 3) Heben von Synergieeffekten mit den Schülerbeförderungssystemen der Dänischen und Freien Schulen, ohne dass zusätzliche Kosten für den Kreis entstehen
- 4) Beförderung zur „nächsten“ Schule
- 5) Überprüfung von Ungleichbehandlungen zwischen städtischen und ländlichen Bereichen

Und:

- 6) Erarbeitung eines Konzeptes zur Entbürokratisierung und besseren Bekanntmachung des Bildungstarifs

Ergänzend wies er auf das Schreiben der Familie Solterbeck hin.

Herr Dr. Kruse berichtete in diesem Zusammenhang über die rechtlichen Rahmenbedingungen und dass diese aktuell von der Verwaltung geprüft werden würden.

Herr Albrecht schlug vor, die im Kreistagsbeschluss genannten Punkte nacheinander abzuarbeiten und bat zunächst die Elternvertreter um ihre Anmerkungen zum Punkt 1).

Herr Vetter wünschte sich eine optimierte Planung der Schulschlusszeiten und dabei insbesondere auch eine bessere Abstimmung mit den Fahrplänen der für die



Müllentsorgung zuständigen Unternehmen, da es hier häufig zu Behinderungen der Schulbusse komme. Außerdem bemängelte er die immer wieder zu beobachtende Überfüllung der Busse zu den Stoßzeiten.

Nach Auffassung von Herrn Evers gebe oftmals die Ausbildung bzw. das Verhalten der Busfahrer Anlass zur Kritik. Ein großes Problem seien auch die den großen Umläufen geschuldeten langen Warte- und Fahrzeiten sowie ein oftmals wegen der vielen Rucksäcke und Taschen herrschender Platzmangel in den Bussen mit der Folge, dass teilweise Schüler an den Haltestellen stehen gelassen würden. Auch würde es immer wieder zu Geschwindigkeitsübertretungen kommen. Seines Erachtens sei auch ein Abgleich der Anzahl der tatsächlich mitfahrenden Schüler mit der Anzahl der eigentlich anspruchsberechtigten Schüler sinnvoll.

Hinsichtlich der von Herrn Evers geschilderten teilweise langen Wartezeiten schlug der Vorsitzende eine Prüfung und ggf. Neuabstimmung der Schulanfangszeiten vor.

Herr Koch wies darauf hin, dass die Eltern „als Kunden der Verkehrsunternehmen“ ebenfalls in der Verantwortung stehen würden.

Zu den Punkten 2) und 3) gab es keine weiteren Diskussionen.

Im Zusammenhang mit Punkt 4) zitierte der Vorsitzende zunächst das Schreiben von Familie Solterbeck und betonte, dass es das Ziel sein müsse, eine unbürokratische Lösung zu finden. Denkbare wäre es seines Erachtens, für jede Gemeinde Einzugsgebiete festzulegen.

Dazu wies Herr Dr. Kruse auf das bestehende Tarifzonenmodell hin und dass die vorgeschlagene Lösung mit erheblichen Mehrkosten für den Kreis verbunden sein könnte.

Herr Vetter merkte an, dass vor dem Hintergrund der freien Schulwahl der Begriff „nächstgelegene Schule“ nicht mehr passend sei.

Herr Eggert betonte, dass auf jeden Fall das Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel zu beachten sei.

Herr Evers unterstützte den Vorschlag von Herrn Albrecht als eine flexible Lösung. Zu dem Vorschlag aus dem Podium, die bestehenden Tarifzonen aufzuheben und Sonderfahrtscheine einzuführen erklärte Herr Müller, dass Sonderregelungen im System des SH-Tarifs nicht gewollt seien und möglicherweise auch die erforderliche Einnahmenneutralität nicht gewährleistet werden könne.

Zu Punkt 5) gab es keine weitere Diskussion.

Zu Punkt 6) erklärte Herr Evers, dass es hier dringenden Handlungsbedarf gebe. Die aktuelle Präsentation des Bildungstarifs sei sowohl für viele Schüler als auch die Schulverwaltungen nicht verständlich. Außerdem sprach er sich für ein einheitliches System für Bus und Bahn aus.

Herr Dr. Kruse erklärte, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 10.06.2015 einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise

erarbeiten werde. Zur Erörterung von Abhilfemöglichkeiten soll ein entsprechendes Gespräch mit der Firma Autokraft geführt werden.

---

**zu 4      **Maßnahmeplan Barrierefreiheit -  
Beteiligungsverfahren****

---

**VO/2014/219-  
003**

Herr Müller berichtete ergänzend zur Vorlage und fasste das Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen dahingehend zusammen, dass überwiegend die Finanzierung der notwendigen Maßnahmen als Problem gesehen werde.

Herr Völker erklärte, die Teilhabemöglichkeit von Behinderten sei bereits im Grundgesetz festgeschrieben. Mit dem Personenbeförderungsgesetz und der festgesetzten Terminierung werde nunmehr allerdings Druck erzeugt. Seiner Ansicht nach müsste vor dem Hintergrund des vorher von Herrn Müller beschriebenen Finanzierungssystems mit den verschiedenen möglichen Kostenträgern von Haltestellenumbauten für jede Gemeinde die mögliche Kostenbelastung ermittelt werden.

Ergänzend wurde vorgetragen, dass die Herstellung von Barrierefreiheit auch weiteren Kundengruppen des ÖPNV (Menschen mit Rollatoren, Kinderwagen, schwerem Gepäck) zugute komme.

Herr Koch plädierte für flexible Lösungen. So könne es sinnvoll sein, statt eines teuren Haltestellenumbaus eine Abholung von zuhause zu organisieren. Dem wurde entgegengehalten, dass mit einem gesonderten Beförderungssystem von dem Grundsatz der Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention und den darauf aufbauenden gesetzlichen Regelungen vorgesehen sei, abgewichen werde.

Der Vorsitzende sprach sich abschließend für eine weitere Gesprächsrunde mit den Gemeinden aus. Diese solle allerdings erst nach den anstehenden Gesprächen mit dem Land stattfinden.

---

**zu 6      **Klimaschutzteilkonzept Mobilität – Vorstellung von  
Projektteam, Beirat und Experteninterviews****

---

**VO/2015/538**

Herr Dr. Krug berichtete ergänzend zur Vorlage. Gegen den von Herrn Völker vorgebrachten Wunsch, im Beirat mitzuwirken, wurden einmütig keine Bedenken erhoben.

---

**zu 7      **Wirtschaftsförderung im Kreisgebiet****

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde für die Sitzung am 10.06.2015 eine vertiefende Diskussion über mögliche zukünftige Tätigkeitsfelder im Bereich Wirtschaftsförderung, dann mit Teilnahme des Geschäftsführers der WFG, Herrn Ledune, beschlossen.

---

**zu 8      Verschiedenes**

---

Der Vorsitzende berichtete im Zusammenhang mit der Entwicklung einer „Zukunftsstrategie“, dass die Auftaktveranstaltung dazu sehr erfolgreich verlaufen sei.

Es wurde vereinbart, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 10.06.2015 im Technik- und Ökologiezentrum in Eckernförde stattfinden soll.